



# Möhringer Notizen

Stadtteilzeitung des SPD-Ortsvereins für Möhringen, Fasanen Hof und Sonnenberg

## Von wegen prima Klima in Stuttgart

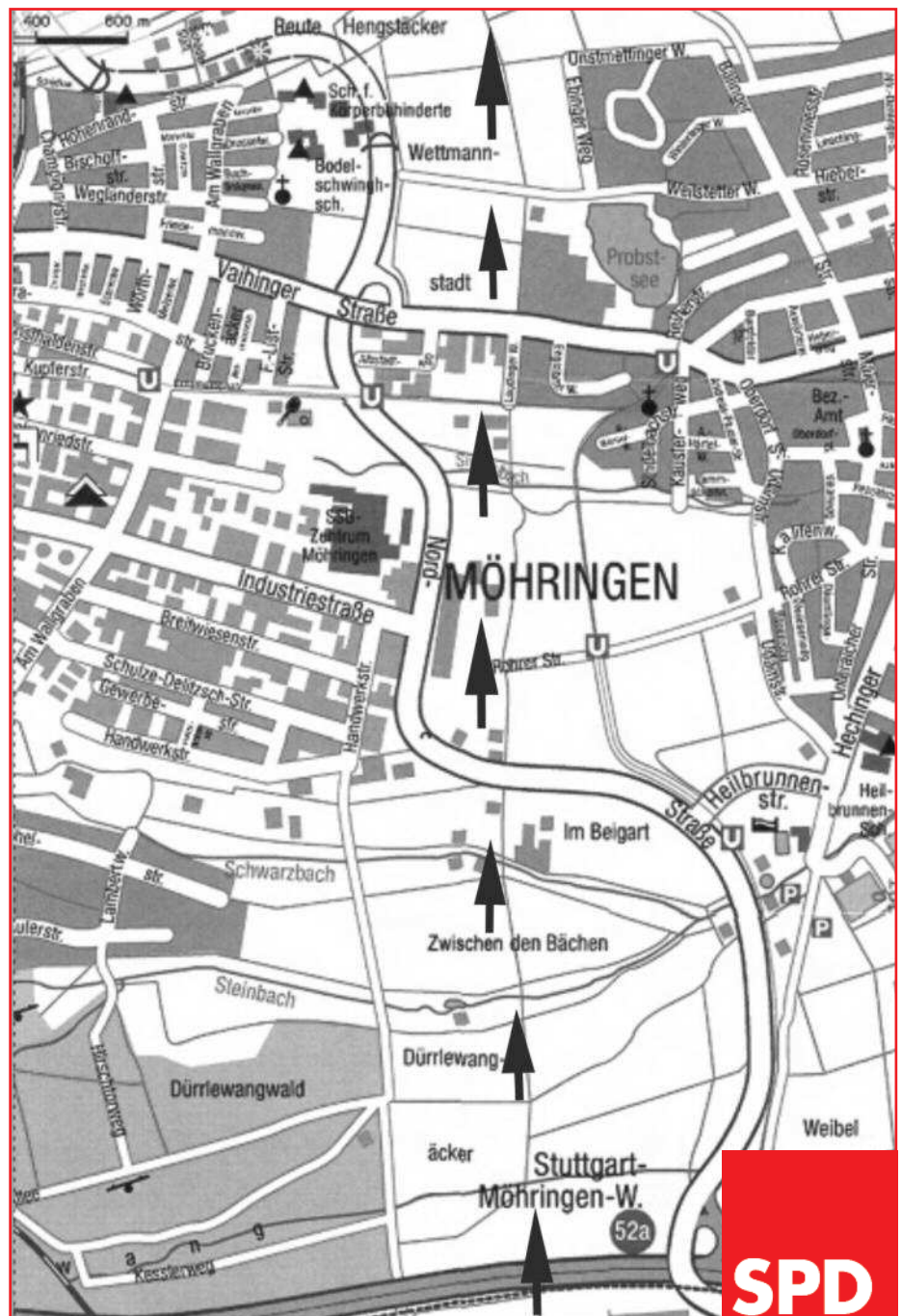
**■** Vor über 30 Jahren schon stand eine Klimamessstation in den Hengstäckern, dort an der Hangkante von Kaltental, wo heute die Nord-Süd-Straße den Autoverkehr in einem Tunnel über das Nesenbach-Tal führt. In ihr wurden die Kaltluftströme, die zwischen Unteraichen und Oberaichen beginnend über Felder und Streuobstwiesen nach Kaltental und Stuttgart fließen, gemessen.

Seit über dreißig Jahren also ist diese wichtige Frischluftzufuhr bekannt und doch muss eine solch lebensnotwendige Qualität im Interesse der Innenstadtbewohner täglich verteidigt werden.

In allen Stadtbezirken Stuttgarts gibt es Bauwünsche, die im Einzelfall vielleicht garnicht so problematisch aussehen. In der Summe jedoch führ deren Realisierung zur Strangulierung des Stadtkerns, der dringend Frischluft und Abkühlung braucht.

Wer also Lebensqualität und Umwelt wirklich ernst nimmt und die Begriffe nicht nur der Mode wegen im Munde führt, sondern konsequent handelt, der darf einer Bebauung des „Rohrer Wegs“ und der „Rappenäcker“ nicht zustimmen. Das gilt auch für die zur Zeit diskutierte Verbreiterung der Nord-Süd-Straße. Die SPD ist der festen Überzeugung: Der Landverbrauch steht absolut nicht im Verhältnis zum Nutzen, d.h. der Stau in den Hauptverkehrszeiten verkürzt sich vielleicht um Minuten zum Preis einer asphaltierten Landschaft, die sich aufheizt und überhaupt keine Abkühlung mehr produzieren kann.

Gisela Abt · Ortsvereinsvorsitzende



# Hände weg vom Spitalhof

## Möhringens historisches Areal muss erhalten bleiben

Am 10. 04. 2008 brachte die SPD einen Antrag zur Innerortsentwicklung in Möhringen ein, in dem unter anderem folgende Passage enthalten war: "Mit der Forderung nach Untergrabung des Spitalhofgeländes greift man nach dem heikelsten Fleckchen Erde in Möhringen. Das lehnen wir ab. Möhringer Bürger und Vereine wollen und können nicht auf ihren einzigen, traditionellen, historischen Spitalhof mit grüner Oase (großkronige) Bäume verzichten".

Leider musste dieser Abschnitt aus dem Antrag gestrichen werden, weil die bürgerlichen Fraktionen mit ihrer Mehrheit sonst nicht zugestimmt hätten. Wir sind aber weiterhin der festen Überzeugung, dass dieses historische Areal (ursprünglicher Hauptbau von 1469, südliche Mauer von 1470, Torhaus vermutlich von 1589) mitsamt dem heutigen Bestand an mächtigen Schattenspendern ein



Spitalhof

unverzichtbarer Bestandteil des Möhringer Ortskerns ist. Schon bei vielen Festen hat der Spitalhof den Besuchern einen wohlthuenden und entspannenden

Aufenthalt geboten. Und das soll in Zukunft auch so bleiben.

Rudi Schaaf

### Für Sie vor Ort

#### Bezirksbeirat Möhringen:

- Rudi Schaaf · Sprecher  
Ölwiesenweg 8  
70567 Stuttgart-Möhringen
- Dieter Bernhardt  
Salzäckerstraße 77 B  
70567 Stuttgart-Möhringen
- Anke Christina Müller  
Unteraicher Straße 25 B  
70567 Stuttgart-Möhringen

#### Stellvertreterinnen:

- Sabine Karl  
Sautterweg 24  
70565 Stuttgart-Fasanenhof
- Sieglinde Dahlem  
Schimmelreiterweg 14  
70567 Stuttgart-Möhringen
- Heike Schumacher  
Rübezahlweg 52  
70567 Stuttgart-Möhringen

#### Gemeinderat:

- Dr. Roswitha Blind  
Waldburgstraße 88  
70563 Stuttgart-Vaihingen

#### E-mail Adresse des Ortsvereins:

- ankec.mueller@gmx.de



Am 4. November 2008 stellte sich Ute Vogt im Beisein des Kreisvorsitzenden Andreas Reißig als neue Kandidatin für den Wahlkreis I vor und diskutierte mit den Vorstandsgremien und Kreisdelegierten aus den Stuttgarter Ortsvereinen Vaihingen-Rohr, Degerloch, Birkach-Plieningen, Sillenbuch-Heumaden-Riedenberg und Möhringen-Fasanenhof-Sonnenberg vor allem Maßnahmen zur Vorbereitung auf den anstehenden Bundestagswahlkampf 2009.

Ute Vogt hob dabei besonders die Themen „Staat und Demokratie“, Sozialer Aufstieg, Energiepolitik und Landschaft (Filderpark) hervor. Speziell die Energiepolitik dürfe nicht nur den GRÜNEN überlassen werden.

Anke Christina Müller

# Ute Vogt: „Ich will für Stuttgart durchstarten“

## SPD-Landesvorsitzende kandidiert für Bundestagswahl 2009



Ute Vogt

Ute Vogt, SPD-Chefin in Baden-Württemberg, kandidiert in Stuttgart für die Bundestagswahl 2009. Die Landesvorsitzende wurde von der Stuttgarter SPD Anfang Dezember für den Wahlkreis Stuttgart I aufgestellt, nachdem die bereits nominierte Kandidatin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin der Hilfsorganisation „Brot für die Welt“, aus beruflichen Gründen ihren Rückzug angekündigt hatte. „Ich freue mich sehr über das Vertrauen der Stuttgarter SPD“, so Vogt.

„Gemeinsam mit Ute Kumpf will ich eine starke SPD in der Landeshauptstadt – und eine verlässliche und bürger-nahe Politik in Stuttgart und Berlin.“

Die ehemalige Staatssekretärin im Bundesinnenministerium erklärte, es sei an der Zeit, wieder „durchzustarten“. Sie wolle sich mit voller Kraft für einen Erfolg der Sozialdemokratie in 2009 einsetzen und auch das Direktmandat im Stuttgarter Süden für die SPD zurückerobern. „Mit Frank-Walter Steinmeier kann die Sozialdemokratie erneut ins Kanzleramt einziehen“, so Vogt. „Ich will an zentraler Stelle für die SPD in Bund, Land und der Landeshauptstadt kämpfen.“

Vogt betonte, im Rahmen ihrer Arbeit als Landesvorsitzende in den letzten zehn Jahren kenne sie die Interessen der Landeshauptstadt sehr gut. „Stuttgart ist eine wunderbar vielseitige Stadt. Nicht nur wegen der vielzitierten Tüftler und Denker oder der oft beschriebenen Lage zwischen Wald und Reben. Besonders beeindruckend ist vielmehr die Verbindung zwischen Tradition und Internationalität und der große Reichtum in Kultur und Sport“, so die Landtagsabgeordnete. „Und vor allem ist Stuttgart das Herz einer der wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa. Diese Stärke ist in erster Linie den hunderttausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verdanken. Sie schaffen die Produkte und Dienstleistungen, die oft weltweit führend sind. Hier liegt die Grundlage

unseres Fortschritts und nach wie vor hohen Wohlstandsniveaus – und deswegen muss die Politik in dieser Stadt darauf ausgerichtet sein, dass dieses Fundament so stark bleibt und weiter gestärkt wird.“

Ob verlässliche Arbeitsplätze, gute Bildung und Betreuung, bezahlbarer Wohnraum, soziale Sicherung oder die Minderung der Mobilitätsprobleme – „mir geht es darum, Stuttgart als lebendiges Zentrum zu erhalten und weiterzuentwickeln“, so Vogt, die im kommenden Frühjahr von Pforzheim nach Stuttgart umzieht und mit den Bürgerinnen und Bürgern in ihrem neuen Wahlkreis oft und direkt ins Gespräch kommen möchte: „Ich will für Stuttgart durchstarten.“

Ute Vogts Kandidatur sei „ein großer Glücksfall für Stuttgart“, erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Andreas Reißig. „Mit unserer Landesvorsitzenden im Süden und unserer Ute Kumpf im nördlichen Bundestagswahlkreis haben wir nun zwei Powerfrauen, die sich mit Durchsetzungsfähigkeit und Sensibilität erfolgreich für die Menschen in der Landeshauptstadt stark machen“, so Reißig. „Das ist gut für Stuttgart und gut für Baden-Württemberg.“

## Erfolgreicher Einsatz gegen Kinderarmut

In den Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres haben wir als SPD-Fraktion Maßnahmen zur Linderung der Kinderarmut zum zentralen Themagemaht.

Immerhin ist auch in Stuttgart jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Daher haben wir als Fraktion damals entschieden, ggf. der Finanzierung des Tunnels unter der Kulturmeile nicht zuzustimmen, wenn für die von uns beantragten Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut keine Zustimmung erfolgt. Heute, ein Jahr später, können sich die erzielten Ergebnisse sehen lassen: Bereits umgesetzt wurde das 1-Euro-Mittagessen in Betreuungseinrichtungen und Schulen mit Cafeterien. Auch ein Ausbau

von weiteren Schul-Cafeterien wird angestrebt. Familien von Schulanfängern werden rückwirkend für das laufende Schuljahr unbürokratisch finanzielle Unterstützung für notwendige Anschaffungen erhalten.

Ebenso bekommen die Betreuungseinrichtungen und Schulen pro bonuscardberechtigtem Kind eine geldliche Unterstützung, um so eine rege Teilnahme der finanziell benachteiligten Kinder am schulischen Gemeinschaftsleben zu gewährleisten. Auch die Einkommensgrenzen für die Berechtigung zur BonusCard wurden parallel zu den Einzelmaßnahmen erhöht, wodurch mehr Kinder aus sogenannten Schwellenhaushalten von einer Unterstützung profitieren können. Die SPD-Fraktion kann folglich mit dem

vorliegenden Maßnahmenkatalog zufrieden feststellen, dass sich der Einsatz gelohnt hat. Was bleibt, ist die Sorge um so genannte Ballungszentren der Armut. Diese Regionen müssen künftig noch stärker in den Blick genommen werden.



Engagiert auf dem Weg gegen Kinderarmut.

# Energie- und Wasserversorgung

Verantwortung zurück in städtische Hand



Manfred Kanzleiter

Die Energie- und Wasserversorgung sind Aufgaben der Daseinsvorsorge, die nicht allein dem Markt überlassen werden dürfen – denn der Markt ist blind für

soziale Belange. Leistungen der Daseinsvorsorge müssen den Bürgerinnen und Bürgern zu angemessenen Preisen in hoher Qualität zur Verfügung stehen. Dies zu gewährleisten ist Aufgabe der Städte und Gemeinden.

Präsident des Städtetags Baden-Württemberg, Oberbürgermeister Ivo Gönner (Ulm), spricht sich für die Stärkung von Stadtwerken aus und empfiehlt Kommunen die Energie- und Wasserversorgung in die eigene Hand zu nehmen.

Zur Wiederherstellung des Einflusses der Landeshauptstadt auf die Energie- und Wasserversorgung wollen wir, dass die Stadt ihre verkauften Anteile an der Bodensee- und Landeswasserversorgung zurück erwirbt.

Im Jahre 2013 werden die Konzessionen zum Betrieb der Energie- und Wasser- netze in Stuttgart neu vergeben. Es ist da-

# Die Zukunft der Wasser- versorgung in Stuttgart



Dr. Gerald G. Sander

Die Stadt Stuttgart hat ihre Wasser- versorgungsanlagen im Jahr 2002 an die EnBW verkauft.

Wenn nach dem Ende des Konzessions- vertrages mit der EnBW zur Trink- wasserversorgung im Jahr 2013 erneut eine Konzession erteilt werden soll, unterliegt dies zwar nicht der EG-Vergabe- rechtrichtlinie für öffentliche Aufträge, es sind aber die EG-Grundsätze der Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Transparenz in einem europaweiten Ausschreibungsverfahren zu beachten. Wird hiergegen verstoßen, führt dies zur Nichtigkeit des Vertrages.

Im neuen Konzessionsvertrag sind angemessene Rückübertragungsregeln, Mitbestimmungsrechte der Stadt für Ausbau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen sowie Kontrollrechte zu regeln. Problematisch ist, ob nach heutiger Rechtslage ein solcher Anspruch der Stadt Stuttgart gegen die EnBW auf Rückkauf der Versorgungsanlagen besteht. Von OB Schuster wird dies verneint.

Will man die Rechtsfolge der Ausschreibungspflicht vermeiden, bleibt nur die Möglichkeit eines Rückkaufs der Versorgungsanlagen und die Aufgabenerfüllung durch einen Eigenbetrieb oder eine von der Stadt beherrschte Eigengesellschaft (z.B. eine GmbH). Im Wege der Ausschreibung nach der EG-Richtlinie für öffentliche Aufträge könnte dann auch ein Privater als Betriebsführer/Betreiber eingesetzt werden. Auch die Gründung und Auftragserteilung an ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen wäre nach dem EG-Vergaberegime ausschreibungspflichtig und könnte nicht freihändig erfolgen.

Dr. Gerald G. Sander  
Rechtsanwalt



Klare Sache - Wir wollen den Rückerwerb der verkauften Anteile an der Bodensee- und Landeswasserversorgung!

Angesichts der voranschreitenden Liberalisierung fast aller Lebensbereiche durch die europäische und nationale Politik wird immer klarer, dass der vollständige Verkauf des städtischen Unternehmens der Energie- und Wasserversorgung, den NWS, eine falsche politische Entscheidung war. Dieser Fehler muss korrigiert werden.

Wir Sozialdemokraten in Stuttgart akzeptieren für die Zukunft nicht mehr, dass die Landeshauptstadt als einzige Großstadt in Deutschland letztlich keinerlei Einfluss darauf hat, wer unsere Wasser-, Gas- und Stromversorgung betreibt.

Wir sind froh, dass andere Städte ähnlich denken: So hat die französische Hauptstadt Paris ihre privatisierte Wasserversorgung wieder in die eigene Hand genommen. Unsere Nachbarstadt Esslingen prüft den Rückkauf der „versilberten“ Netze der Energieversorgung. Auch der

von auszugehen, dass dafür eine europaweite Ausschreibung erforderlich ist. Diese ist von uns nicht gewollt und kann vermieden werden, wenn die Landeshauptstadt das Eigentum an den Netzen für Wasser, Strom und Gas von der EnBW erwirbt.

Im Zusammenhang mit einem Rückkauf muss ferner entschieden werden, ob die Energie- und Wassernetze durch ein neu zu gründendes Stadtwerk, oder nach Ausschreibung der Betreiberaufgabe unter strengen Qualitätsbedingungen weiterhin durch die EnBW oder durch einen Dritten betrieben werden sollen.

Manfred Kanzleiter  
Fraktionsvorsitzender



Herausgeber (V.i.S.d.P.) SPD-Kreisverband Stuttgart

Werastraße 10 · 70182 Stuttgart · Telefon: 07 11 - 237 19 91-0

Verantwortlich Seiten 2-4: Andreas Reißig · Kreisvorsitzender

Verantwortlich Seiten 1-2: Gisela Abt · SPD OV-Vorsitzende Möhringen · Fasanenhof · Sonnenberg  
Sigmaringer Straße 10/2 · 70567 Stuttgart · Telefon: 07 11-71 72 48